

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Julieta Daza, Caracas
10.04.2021

Spannung und Strategie

Streit unter Kolumbiens Linken und Progressiven über Kandidaten für den kommenden Präsidentschaftswahlkampf



imago images/Agencia EFE

Feministischer Protest in Cartagena anlässlich des Internationalen Frauenkampftags am 8. März 2021

Gut ein Jahr vor den kolumbianischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2022 ist die Situation im linken und progressiven Lager angespannt. Die Ankündigung der afrokolumbianischen Aktivistin und Umweltschützerin Francia Márquez und der Parlamentsabgeordneten Ángela María Robledo, als Kandidatinnen zur Verfügung zu stehen, hat in der vergangenen Woche für heftige Debatten gesorgt.

Die in der kolumbianischen Politik sehr bekannten Frauen hatten die Ansage während eines am Montag und Dienstag im Bundesstaat Tolima abgehaltenen »Nationalen feministischen Konvents« gemacht. Laut Medienberichten nahmen mehrere hundert

Aktivistinnen aus verschiedenen Regionen Kolumbiens daran teil. Die Zeitung *El Espectador* schrieb, es sei ein »in der jüngeren Geschichte des Landes ein in dieser Art beispielloses Ereignis« gewesen.

Neben den möglichen Präsidentschaftskandidaturen war es bei dem Treffen auch um die politische Teilhabe der Frauen in Kolumbien gegangen, die Entlohnung und Anerkennung der meist von Frauen geleisteten Care-Arbeit und die Notwendigkeit des Friedens im Land. Wegen der Vorwahlstimmung sorgte allerdings vor allem die Mitteilung von Márquez und Robledo für Aufregung.

Hintergrund ist, dass Gustavo Petro, der bereits bei den Präsidentschaftswahlen 2018 gegen den derzeitigen rechten Staatschef Iván Duque angetreten war und trotz Niederlage ein sehr beachtliches Ergebnis eingefahren hatte, seit Februar an einem progressiven Bündnis arbeitet. Dem »Historischen Pakt«, so der Name, haben sich neben Petros Bewegung »Humanes Kolumbien« unter anderem der progressive »Demokratische Pol«, die linke »Patriotische Einheit« und auch »Comunes«, Nachfolgerin der früheren Guerilla FARC-EP angeschlossen.

Robledo war 2018 noch als Petros Vizepräsidentschaftskandidatin angetreten. Anfang des Jahres hatte sie seine Bewegung im Streit verlassen. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter wurde ihr nun von Petros Anhängern vorgeworfen, sie sei »opportunistisch«, andere meinten, sie wolle aus der Kandidatur eine Frage des Geschlechts machen.

Petro selbst hat bislang noch nicht klar Stellung genommen. Allerdings teilte er am Donnerstag (Ortszeit) einen Tweet und fügte hinzu, dass die Afrokolumbianierin Márquez in seinem Bündnis willkommen sei. »Wenn Francia Márquez sich dafür entscheidet, sich dem historischen Pakt anzuschließen, muss sie die Bürger entscheiden lassen, ob sie die Präsidentschaftskandidatin sein soll«, so Petro herausfordernd.

Francia Márquez hatte zuvor schon auf die Kritik seiner Anhänger reagiert: »Als Menschen und Frauen kennen wir das Wort Selbstbestimmung. Vergesst nicht, dass euer Rassismus, Klassismus und Machismus ans Licht kommt, wenn ihr ständig bestimmen wollt, welchen Platz ich einnehmen und was ich machen soll«, so Márquez auf Twitter. Ganz ausschließen wollte sie aber noch nicht, dass sie sich am »Historischen Pakt«

beteiligt. Gleichzeitig scheint sie jedoch vorerst nicht bereit, auf ihre Präsidentschaftskandidatur zu verzichten.

In diesen Kontroversen kommen auch wieder Spannungen zum Ausdruck, die seit längerer Zeit zwischen einigen linken sowie progressiven Parteien und der feministischen Bewegung bestehen. Schon auf dem Konvent in Tolima wurde Anfang der Woche beispielsweise wieder beratschlagt, ob Frauen gemeinsam mit Männern in Organisationen politisch aktiv sein müssen, oder ob sie nicht viel eher ihre eigenen feministischen Bewegungen aufbauen sollten, in denen sie sich nicht mehr patriarchalischen Verhaltensweisen unterwerfen müssen.

Es geht aber auch noch um eine weitere Debatte, die wieder aufflammt: Seit vielen Jahrzehnten sind die Wahlen in Kolumbien von erheblicher Gewalt gegen Linke, Korruption sowie in manchen Fällen von relativ niedriger Beteiligung gekennzeichnet. Zudem sind Regierung und somit die politische Macht seit jeher in den Händen der rechten und US-hörigen Oligarchie. Angesichts dieser Verhältnisse stellt sich vielen die Frage, ob die Beteiligung an Wahlen innerhalb der bürgerlichen Demokratie und eines derart repressiven Staates überhaupt die zentrale Strategie der Linken sein sollte.

Junge Welt 09.04.2021